

An den Wahlleiter

in Gummersbach

I. Wahlvorschlag

der/des

(Name und ggf. Kurzbezeichnung der Partei oder Wählergruppe, bei Einzelbewerbern/Einzelbewerberinnen Name und ggf. Kennwort)

für die Integrationsratswahl der Stadt Gummersbach am 13.09.2020

1. Auf Grund des § 27 der Gemeindeordnung wird vorgeschlagen als Bewerber/in:

(Familienname, Vornamen)

Beruf

falls Beamter/Beamtin oder Arbeitnehmer/in des öffentlichen Dienstes:

(Dienstherr und Beschäftigungsbehörde oder Gesellschaft, Stiftung oder Anstalt - vgl. § 13 Absatz 1 und 6 des Kommunalwahlgesetzes)

geboren am

in

Wohnung und Wohnort

Staatsangehörigkeit

E-Mail-Adresse oder Postfach

2. Vertrauensperson für den Wahlvorschlag ist

(Familienname, Vorname, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort, Telefon, E-Mail)

3. Stellvertretende Vertrauensperson ist

(Familienname, Vorname, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort, Telefon, E-Mail)

4. Dem Wahlvorschlag sind _____ Anlagen beigefügt, und zwar

- a) Zustimmungserklärung des Bewerbers/der Bewerberin - von der Beifügung wird abgesehen, weil die Zustimmung auf diesem Vordruck (s. II.) abgegeben ist,*
- b) Bescheinigung über die Wählbarkeit des Bewerbers/der Bewerberin - von der Beifügung wird abgesehen, weil die Wählbarkeit auf diesem Vordruck (s. III.) bescheinigt ist,*
- c) eine Ausfertigung der Niederschrift über die Versammlung der Partei oder Wählergruppe zur Aufstellung der Bewerber/innen nebst Versicherungen an Eides statt nach § 10 Absatz 6 der Wahlordnung - von der Beifügung wird abgesehen, da sie bereits dem Wahlvorschlag _____ beiliegen,*
- d) _____ Bescheinigungen des Wahlrechts der Unterzeichner/innen des Wahlvorschlags,

II. Zustimmungserklärung⁷

Ich stimme meiner Benennung als Bewerber/in im umseitigen Wahlvorschlag zu.

Ich versichere, dass ich für keinen anderen Wahlvorschlag des Wahlgebiets meine Zustimmung zur Benennung als Bewerber/in gegeben habe.

Ort, Datum

(Unterschrift)

(Vor- und Familienname)

III. Bescheinigung der Wählbarkeit⁸

Herr/Frau^{*}

Familienname, Vorname

geboren am

--

wohnhaft in

(Straße, Hausnummer, Wohnort)

hat das 18. Lebensjahr vollendet, ist eine wahlberechtigte Person nach § 27 Absatz 3 Satz 1 oder ein Bürger, hält sich am Wahltag seit mindestens einem Jahr im Bundesgebiet rechtmäßig auf und hat seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde seine/ihre Hauptwohnung (§ 27 Abs. 5 GO NRW).

Ort, Datum

Dienstsiegel

Der/Die Bürgermeister/in

IV. Benennung einer stellvertretenden Person gem. § 10 der Wahlordnung

Als meine stellvertretende Person benenne ich

(Familienname, Vornamen)

Beruf

falls Beamter/Beamtin oder Arbeitnehmer/in des öffentlichen Dienstes:

(Dienstherr und Beschäftigungsbehörde oder Gesellschaft, Stiftung oder Anstalt - vgl. § 13 Absatz 1 und 6 des Kommunalwahlgesetzes)

geboren am

in

Wohnung und Wohnort

Staatsangehörigkeit

V. Zustimmungserklärung der stellvertretenden Person

Ich stimme meiner Benennung als stellvertretende Person unter Ziffer IV. zum umseitigen Wahlvorschlag zu. Ich versichere, dass ich für keinen anderen Wahlvorschlag meine Zustimmung zur Benennung als stellvertretende Person gegeben habe.

Ort, Datum

(Unterschrift)

(Vor- und Familienname)

VI. Bescheinigung der Wählbarkeit der vorgeschlagenen stellvertretenden Person (sofern Stellvertretung benannt)

Herr/Frau*

Familienname, Vorname

geboren am

--

wohnhaft in

(Straße, Hausnummer, Wohnort)

ist gemäß § 27 Abs. 5 GO NRW wählbar.

Ort, Datum

Dienstsiegel

Der/Die Bürgermeister/in

1 entfallen

2 entfallen

3 entfallen

4 Von diesen Nachweisen sind auch Parteien befreit, die die Unterlagen gemäß § 6 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 und 2, Absatz 4 des Parteiengesetzes bis zum Tag der Wahlausschreibung beim Bundeswahlleiter ordnungsgemäß eingereicht haben

5 Reicht die Partei oder Wählergruppe mehrere Wahlvorschläge im Wahlgebiet ein, so brauchen diese Nachweise nur einmal eingereicht zu werden

6 Hat die Partei oder Wählergruppe eine über das Wahlgebiet hinausgehende Organisation, so ist der Landrat/die Landrätin zuständig, falls diese nicht über den Kreis hinausgeht; die Bezirksregierung ist zuständig, falls diese nicht über den Regierungsbezirk hinausgeht, und das für Inneres zuständige Ministerium, falls diese über einen Regierungsbezirk hinausgeht

7 Die Zustimmungserklärung kann auch nach dem Muster der Anlage 12a KWahlO abgegeben werden

8 Die Wählbarkeitsbescheinigung kann auch nach dem Muster der Anlage 13a KWahlO erteilt werden

* Unzutreffendes streichen

** Zutreffendes ankreuzen

